
Wissenschaft, Bildung, Gesellschaft, Kultur

15 Start des ersten chinesischen Raumschiffes

Am 20. November 1999 schickte China zum erstenmal ein Raumschiff in den Weltraum. Es handelte sich um einen unbemannten Versuchsflug. Das Raumschiff mit dem Namen „Shenzhou“ umkreiste die Erde in 21 Stunden 14mal. Es war um 6.30 Uhr Beijing Zeit von der Raumfahrt- und Satellitenstation Jiuquan in Gansu gestartet und landete am 21. November um 3.41 Uhr auf der vorgesehenen Landebahn in der Inneren Mongolei. Das Raumschiff war mit einer mehrstufigen Trägerrakete des Typs „Long March“ in den Weltraum befördert worden. Von offizieller Seite wurde betont, daß sowohl das Raumschiff selbst als auch die Trägerrakete von China selbständig entwickelt worden seien. Der erfolgreiche Flug zeige, so hieß es weiter, daß China in der Lage sei, modernste Hochtechnologie zu meistern; er habe Chinas umfassende nationale Stärke unter Beweis gestellt und fördere die wissenschaftlich-technische Entwicklung des Landes. Zugleich wurde versichert, daß China den Weltraum ausschließlich für friedliche Zwecke nutzen wolle. (RMRB, 21.11.99; XNA, 22.11.99)

Gesteuert wurde das Raumfahrzeug über ein von China selbst entwickeltes neues land- und seegestütztes Monitoring- und Kontrollnetzwerk, das eigenen Angaben zufolge internationalen Standard haben soll. Dazu zählten Bodenkontrollstationen wie auch vier Beobachtungsschiffe, die im Atlantik, Pazifik und Indischen Ozean stationiert waren. Organisiert und koordiniert wurde die Überwachung durch das Beijinger Aerospace Directing and Controlling Center. Das Raumschiff war hauptsächlich vom Chinesischen Forschungsinstitut für Trägerraketentechnologie, das zur China Aerospace Science and Technology Corporation gehört, dem Chinesischen Forschungsinstitut für Raumfahrttechnologie und dem Shanghai-

er Institut für astronautische Technologie entwickelt und gebaut worden. (XNA, 22.11.99)

Während des Raumflugs wurde eine Reihe wissenschaftlicher Experimente durchgeführt, die die Forschung auf verschiedenen Gebieten voranbringen werden, wie z.B. Meßwert-Fernübertragung, Umweltmonitoring, neue Materialien, Biologie, Astronomie und Physik. Es wurde angekündigt, daß weitere unbemannte Raumflüge folgen sollen, bevor Astronauten in den Weltraum geschickt werden. (XNA, 22.11.99)

Von der politischen Führung und entsprechend in den Medien wurde der erfolgreiche Testflug für den Nationalismus instrumentalisiert. Er trage dazu bei, Chinas Ansehen in der Welt, den Nationalstolz und den nationalen Zusammenhalt zu fördern. Man ist vor allem stolz, daß China nun zusammen mit Rußland und den USA zu den drei Weltraummächten gehört. (RMRB, 21.11.99; XNA, 22.11.99)

Das chinesische Projekt eines bemannten Raumfluges wird seit 1992 verfolgt. Es zählt zu den staatlicherseits geförderten Schwerpunktprojekten im Rahmen des High-Tech-Plans „Plan 863“. Eigentlich sollte in diesem Jahr zum 50. Jahrestag der Volksrepublik bereits ein bemannter Raumflug stattfinden (vgl. C.a., 1998/4, Ü 15), aber offensichtlich haben sich die Arbeiten verzögert, so daß mit einem bemannten Raumflug wohl erst im Jahr 2000 zu rechnen ist. Die Vorbereitungen für einen solchen Flug laufen seit längerer Zeit auf Hochtouren. Im Dezember 1996 wurden zwei chinesische Piloten zur Ausbildung an ein russisches Raumfahrtzentrum geschickt. Sie sind inzwischen wieder in China, wo sie chinesische Astronauten ausbilden. (Vgl. SCMP, 22. u. 26.11.99)

Ausländische Experten sind unterschiedlicher Meinung darüber, ob China das Raumschiff tatsächlich selbst gebaut hat. So wurde die Auffassung vertreten, das chinesische Raumschiff ähnele stark der sowjetischen Sojus-Kapsel, und es sei nicht auszuschließen, daß die Russen den Chinesen Sojus-Kapseln und andere Technologie zur Verfügung gestellt hätten. Von anderer Seite wurde diese Sicht kritisiert, die Chinesen hätten lediglich einiges Zubehör von den Russen er-

worben, ansonsten aber die gesamte Technologie selbst entwickelt. Es gebe wichtige Unterschiede zwischen Sojus und Shenzhou. (SCMP, 24.11.99)

Der erfolgreiche Test-Raumflug dürfte weitreichende Folgen für Chinas Militärtechnologie haben. Wie ein in Hongkong ansässiger Verteidigungsexperte äußerte, bedeute der Flug, daß China in der Lage sei, über militärische Satelliten seine Überwachungsoperationen und überdies seine anti-ballistische Raketentechnik zu verbessern (SCMP, 23.11.99). Welche Bedeutung der Flug für Chinas ABM-Technologie haben könnte, wird derzeit auch von Experten in den USA geprüft. Von seiten des Pentagon wurde der Flug als bedeutende technologische Leistung bewertet, insgesamt aber darin keine Herausforderung für die US-amerikanische Militärtechnologie gesehen. (SCMP, 24.11.99) -st-

16 Fünfzig Jahre Akademie der Wissenschaften

Am 1. November 1999 feierte die Chinesische Akademie der Wissenschaften ihr fünfzigjähriges Bestehen. Aus diesem Anlaß fand in der Großen Halle des Volkes in Beijing unter Anwesenheit zahlreicher Politiker ein Festakt statt. Hauptredner war Ministerpräsident Zhu Rongji. In seiner Rede würdigte er den Beitrag der Akademie zum wissenschaftlich-technischen Fortschritt in China und in der Welt. Daß die Akademie der Wissenschaften einen Monat nach Ausrufung der Volksrepublik gegründet worden sei, zeige, daß die erste Führungsgeneration der Wissenschaft große Bedeutung beigemessen habe. Durch ihre Arbeit in den vergangenen fünfzig Jahren habe die Akademie dazu beigetragen, praktisch aus dem Nichts heraus wissenschaftliche Leistungen hervorzu bringen, die fortgeschrittenes Niveau oder sogar Spitzenniveau haben. Außerdem habe sie eine große Anzahl von Wissenschaftlern ausgebildet und zur Entwicklung der Wirtschaft, Wissenschaft und Technik sowie der Gesellschaft in hohem Maße beigetragen. Der Ministerpräsident wies besonders auf die Erfolge hin, die das vor einem Jahr aus der Taufe gehobene Programm der Regierung zur Innovation des Wissens (vgl. dazu C.a., 1998/6,

Ü 9 und 1998/10, Ü 8) schon jetzt in der Akademie erzielt habe. Im vorigen Jahr war die Akademie der Wissenschaften zur zentralen Forschungsinstitution bestimmt worden, die dieses Programm führend verwirklichen soll.

Auch für die nächsten fünfzig Jahre soll die Akademie eine zentrale Rolle für die Entwicklung des Landes spielen. In den kommenden fünf Jahrzehnten, so kündigte Zhu Rongji an, verfolge China das Ziel, ein reiches, starkes, demokratisches und zivilisiertes modernes sozialistisches Land zu werden. Bei dieser Aufgabe komme Wissenschaft und Technik eine entscheidende Funktion zu. Wenn China in Wissenschaft und Technik erfolgreich sei, dann brauche man sich um die Modernisierung Chinas keine Sorgen zu machen. (Vgl. RMRB, GMRB, 2.11.99)

Obwohl die Akademie der Wissenschaften durch die Wiedereinführung der Hochschulforschung seit den achtziger Jahren sowie durch zahlreiche neue Forschungsinstitutionen, nicht zuletzt auch der Wirtschaft, Konkurrenz erhalten hat, fungiert sie nach wie vor als wichtigste Forschungsinstitution Chinas für die Naturwissenschaften. Die Bedeutung, die Ministerpräsident Zhu der Wissenschaft heute beimisst, wurde der Akademie allerdings entgegen seinen Beteuerungen nicht immer zuteil. In der verengten Sicht der heutigen Führung wird die bildungs- und wissenschaftsfeindliche Periode der Kulturrevolution ausgeblendet. -st-

17 Programm für die Innovation des Wissens und die Akademie der Wissenschaften

Die Chinesische Akademie der Wissenschaften wurde im Rahmen des 1998 aufgelegten „Programms für die Innovation des Wissens“ (vgl. dazu C.a., 1998/6, Ü 9 und 1998/10, Ü 8) zur zentralen Forschungsinstitution bestimmt, die das Programm zuerst realisieren soll. Innerhalb eines Jahres hat die Akademie laut einem Bericht in der *Volkszeitung* bereits beachtliche Erfolge erzielt (vgl. RMRB, 2.11.99, S.5). Diese betreffen vor allem institutionelle Neuerungen, die teils im Rahmen der Reform des Wissenschaftssystems, teils auf die Vorgaben des Innovationsprogramms zurückzu-

führen sind. So wurde beispielsweise eine Reorganisation der Akademieinstitute vorgenommen, indem ineffiziente oder veraltete Institute aufgelöst wurden, die Verteilung revidiert und eine Reihe neuer wissenschaftlicher Zentren eingerichtet wurden. Dabei werden Grundlagenforschung und angewandte Wissenschaft gleichermaßen bedacht. Was die Forschung selbst betrifft, so hat die Akademie insgesamt neun große Bereiche festgelegt, in denen sie interdisziplinäre Spitzenforschung betreiben will, darunter neue agronomische Hochtechnologie, Bevölkerung und Gesundheit. Außerdem wurden in einem ersten Schritt gut 100 Forschungsgebiete zur vorrangigen Bearbeitung ausgewählt, und zwar durchweg neue zukunftsweisende Disziplinen wie Informatik oder Quantenphysik, sowie etwa 100 Forschungsrichtungen aus der angewandten Forschung, wie z.B. Gentechnologie, (elektronisches) Erkennen chinesischer Sprache u.ä.

Dadurch, daß die Akademie im Rahmen des Innovationsprogramms eine führende Position einnimmt, sah sie sich gezwungen, Probleme zu lösen, denen sie sich lange Zeit gegenüber sah, wie z.B. schwerfällige Organisation, mangelnde Innovation und Umsetzung. Auf dem Gebiet der Grundlagenforschung in Mathematik und Biowissenschaften wurden die Forschungsinstitute vereinheitlicht und z.T. in staatliche Forschungsstützpunkte mit eigener Rechtsperson umgewandelt. Vier Forschungsinstitute, darunter das Chemisch-Physikalische Institut Dalian (dieses zählt zu den innovativen Forschungsstützpunkten, vgl. C.a., 1998/12, Ü 19), wurden als Versuchspunkte für eine grundlegende Institutsreform ausgewählt. Sie haben weitreichende Vollmachten, führen ihren eigenen Haushalt, stellen ihre Mitarbeiter selbst ein und stärken ihr Gutachtersystem. Von der Strukturanpassung sind derzeit 53 Forschungsinstitute (-stationen oder -zentren) betroffen. Darüber hinaus hat die Akademie Kooperationen mit Hochschulen, Unternehmen und örtlichen Stellen eingeführt und z.B. Organisationen zur Erneuerung des Wissens oder zur Umsetzung von Hochtechnologie gegründet.

In der Personalpolitik geht es darum, die Planstellen abzubauen und mehr

befristete Stellen einzuführen und darüber hinaus mehr junge Fachleute einzustellen. Zur Zeit sind bereits gut 6.000 Wissenschaftler zur Mitarbeit an Projekten im Rahmen des Programms für die Innovation des Wissens ausgewählt worden, wobei deren Altersstruktur deutlich verjüngt wurde. Wissenschaftler mit einem Alter von etwa 40 bis 45 Jahren machen gut 60 Prozent aus. Zugleich wurde der Anteil der befristet eingestellten Wissenschaftler erhöht; das Verhältnis von Planstelleninhabern und befristet Eingestellten im Rahmen des Programms beträgt 1:1.

Das Programm für die Innovation des Wissens bedeutet für die Akademie der Wissenschaften, die zu Beginn der Reformen Ende der siebziger Jahre eine schwerfällige, bürokratisch arbeitende Institution mit geringer Innovationsfähigkeit war, eine große Chance. Wie es scheint, hat sie diese zu ihrem Vorteil genutzt. -st-

18 Hochschulen lagern Serviceeinrichtungen aus

In China sind die Hochschulverwaltungen bekanntlich nicht nur für Belange in Lehre und Forschung zuständig, sondern haben sich auch um alle möglichen Serviceleistungen für Lehrkörper und Studentenschaft zu kümmern, angefangen von Studentenwohnheimen über Professorenwohnungen bis hin zu Mensa und sonstigen Versorgungseinrichtungen. Dies ist nicht nur mit enormem Kosten- und Zeitaufwand verbunden, sondern setzt auch der Ausweitung der Hochschulbildung Grenzen. Denn die Hochschulen können vielfach nicht mehr Studenten aufnehmen, weil die Serviceeinrichtungen, vor allem Wohnheimplätze, unzureichend sind und sie mit deren Ausbau nicht nachkommen. Dies soll sich jetzt insofern ändern, als die Hochschulen sich von den Serviceeinrichtungen trennen und diese von unabhängigen Gesellschaften oder Firmen außerhalb der Hochschule betreiben lassen.

China hat derzeit 1.021 Hochschulen mit gut 3 Millionen Studenten. Die Zahl der Studierenden soll sich in den kommenden Jahren erhöhen. Dazu ist es erforderlich, mehr Studentenwohnheime und Serviceeinrich-

tungen zu bauen, Aufgaben, mit denen ein marktorientierter Dienstleistungssektor betraut werden soll. Vorreiter der neuen Entwicklung sind die Hochschulen in Beijing und Shanghai. In Shanghai beispielsweise sollen bis Ende nächsten Jahres die Dienstleistungen für Studenten an allen 37 Hochschulen dem Markt übergeben sein. Von seiten des Bildungsministeriums wird geschätzt, daß die Auslagerung der Dienstleistungen landesweit in etwa drei Jahren abgeschlossen sein kann. (Vgl. GMRB, XNA, 20.11.99)

Die Trennung der Hochschulen von ihren umfangreichen Serviceeinrichtungen bedeutet eine Entlastung, so daß sich die Hochschulen auf ihre eigentlichen Aufgaben konzentrieren können. Auch ist damit zu rechnen, daß sich Rationalisierungseffekte und Effizienzsteigerungen einstellen, wenn diese Einrichtungen von unabhängigen wirtschaftlich arbeitenden Unternehmen wahrgenommen werden. Unter planwirtschaftlichen Bedingungen, als staatliche Einheiten (*danwei*) alle Ressourcen vom Staat zugeteilt bekamen, mußten die Hochschulen alle Dienste selber wahrnehmen. Heute besteht diese Notwendigkeit nicht mehr. -st-

19 Schule für Kinder aus Taiwan

In der VR China wurde kürzlich die (angeblich) erste Schule für Kinder aus Taiwan gegründet, deren Familien auf dem Festland leben. Die Schule wurde in Dongguan in der Provinz Guangdong (östlich von Guangzhou am Perflußdelta gelegen) eingerichtet. Dort leben 40.000 Menschen aus Taiwan, zumeist Geschäftsleute, die in 3.700 Firmen in Dongguan tätig sind. Die neue Schule umfaßt alle Schulstufen vom Kindergarten bis einschließlich Mittelschule. Sie wurde mit 50 Mio. Yuan von der Vereinigung taiwanesischer Investoren finanziert. (XNA, 6.11.99)

Bei dieser Schule handelt es sich um eine Privatschule, die von Taiwanern, also von Bürgern gegründet wurde, die von einem Territorium außerhalb der Grenzen der Volksrepublik China kommen. Rechtlich ist es möglich, daß Organisationen oder Einzelpersonen von außerhalb des Territoriums der VR China auf chinesischem

Boden Schulen einrichten, wie u.a. aus Art. 58 der im Juli 1997 verabschiedeten Bestimmungen über nichtstaatliche Schulen (vgl. C.a., 1997/8, Ü 10) hervorgeht, wo es aber zugleich heißt, daß diese Bestimmungen nicht für Organisationen und Einzelpersonen von außerhalb des Territoriums der VR China gelten, die auf VR-chinesischem Boden Bildungseinrichtungen betreiben. Für solche Fälle, so wurde in den Bestimmungen angekündigt, sollen eigene Regelungen erlassen werden, was aber bisher nicht geschehen ist. Obwohl Taiwan-Bürger in der VR China nicht als Ausländer betrachtet werden, ist davon auszugehen, daß die neugegründete Schule nicht unter die Bestimmungen über nichtstaatliche Schulen von 1997 fällt, sondern für sie Sonderbestimmungen gelten, die erst noch verabschiedet werden müssen. Sonst hätte man in Art. 58 der Bestimmungen von 1997 einfach von ausländischen Organisationen und Ausländern sprechen können und nicht die Formulierung gewählt „... Organisationen und Einzelpersonen von außerhalb der Staatsgrenzen ...“.

Da entsprechende Bestimmungen bisher nicht veröffentlicht wurden, ist nicht bekannt, wie weit die volksrepublikanischen Bildungsbehörden über die Genehmigung einer solchen Schulgründung hinaus Einfluß auf den Schulbetrieb nehmen. Vermutlich ist die Schule weitgehend autonom, zumindest was die Unterrichtsstoffe angeht. Vor allem in bezug auf die politisch-ideologische Bildung dürften Konzessionen gemacht werden, die ansonsten ein wichtiges Motiv für die staatliche Kontrolle nichtstaatlicher Schulen darstellt.

Ob die Schule in Dongguan tatsächlich die erste Schule in der VR China für Kinder aus Taiwan ist, muß fraglich erscheinen. Möglicherweise ist es die erste derartige Schule in der Provinz Guangdong. Die meisten Taiwan-Chinesen leben nämlich in Fujian, so daß anzunehmen ist, daß es dort bereits ähnliche Bildungseinrichtungen gibt. -st-

20 Fortschritte und Probleme bei Einführung der Pflichtschule

Die zuständige Kommission für Bildung, Wissenschaft, Kultur und Gesundheit des Ständigen Ausschusses des NVK hat im Oktober eine Untersuchungsgruppe in drei Provinzen geschickt, die den Stand der Einführung der neunjährigen Schulpflicht überprüfen sollte. Die Ergebnisse wurden kürzlich bekanntgegeben. Es handelte sich um die Provinz Henan, die regierungsunmittelbare Stadt Chongqing und das Autonome Gebiet Guangxi. Den Berichten zufolge hat Henan deutliche Fortschritte erzielt. Der Provinzfürsorge wurde bescheinigt, daß sie der Realisierung des Schulpflichtgesetzes große Beachtung schenke, daß die Bildungsausgaben in den letzten Jahren vergleichsweise stark zugenommen und sich die schulischen Bedingungen insgesamt sehr verbessert hätten. Man gehe entschieden gegen die Erhebung illegaler Gebühren in den Schulen vor und sei inzwischen so weit, daß die Schüler durchweg eine Schule in Wohnnähe besuchen könnten. Von den 158 Kreisen der Provinz hätten 137 die neunjährige Schulpflicht nach Überprüfung eingeführt, bis Jahresende soll sie für Gebiete eingeführt sein, in denen 90% der Bevölkerung leben.

Auch in Chongqing schenkt man dem Schulpflichtgesetz gebührende Aufmerksamkeit. Dort, so wird berichtet, hat man einen Plan für die Einführung der neunjährigen Schulpflicht entsprechend den Bedingungen in Chongqing aufgestellt. Man investiere mehr ins Schulwesen und bemühe sich um Qualitätsbildung, so daß sich dort die schulische Situation ebenfalls zum Positiven gewendet habe. Für Guangxi fällt der Bericht sehr allgemein aus, so daß es dort offenbar nicht so gut aussieht. Man habe eine Reihe von lokalen Vorschriften zur Einführung der neunjährigen Schulpflicht erlassen, die Investitionen ins Bildungswesen stiegen etwas und auch die Qualität der Lehrer sei etwas angestiegen. Insgesamt habe man relativ gute Fortschritte gemacht.

Zugleich wurden auch zahlreiche Probleme zugegeben. Am schwerwiegendsten wurden die unzureichenden Finanzen im Bildungswesen eingeschätzt. Außerdem wurden die unglei-

che Entwicklung in den einzelnen Regionen, die häufig fehlende Konsolidierung der neunjährigen Schulpflicht nach ihrer Einführung und die hohen Schulabbrecherquoten genannt. (RM-RB, 3.11.99, S.3)

Von den drei untersuchten Gebieten gehören Henan und Chongqing zu den Provinzen, in denen das Bildungswesen auf mittlerem Niveau entwickelt ist, während Guangxi in dieser Hinsicht eher zu den unterentwickelten Gebieten zählt. Für das Ziel, die neunjährige Schulpflicht „im wesentlichen“ bis zum Ende des Jahres 2000 verwirklicht zu haben, sind Fortschritte bei den mittleren Provinzen besonders wichtig.

Zu den genannten Problemen kommt noch ein gravierendes hinzu: die gefälschten Berichte der jeweiligen offiziellen Stellen. Auf dieses Problem hat das Bildungsministerium kürzlich aufmerksam gemacht und fordert, gegen gefälschte Bildungsstatistiken vorzugehen. Daß der Grad der Einführung der neunjährigen Schulpflicht und der Bekämpfung des Analphabetentums vielfach zu positiv dargestellt würde, schade der Entwicklung des Bildungswesens und sei nicht im Interesse der Bevölkerung. Begrüßt wurde ausdrücklich, daß in jüngster Zeit Journalisten derartige Fälschungen in einzelnen Kreisen der Provinzen Anhui, Jiangxi, Hubei und Hunan aufgedeckt hatten. Von seiten des Ministeriums wurde darauf hingewiesen, daß die Erfüllung dieser beiden wichtigsten Aufgaben im Bildungswesen auch im neuen Jahrhundert auf der Tagesordnung stehe. Dann sei vor allem die Konsolidierung der bisherigen Aufbauarbeit erforderlich. (RM-RB, 4.11.99, S.5)

Auf unterer Ebene fälschen die örtlichen Kader vielfach die Bildungsstatistiken, um sich gegenüber der nächst höheren Ebene in gutem Lichte darzustellen und um zu vertuschen, daß sie die für das Schulwesen bestimmten Gelder häufig für andere Zwecke verwenden. -st-

Außenwirtschaft

21 Bundeskanzler Schröder in China

Anfang November besuchte Bundeskanzler Schröder zusammen mit Bundeswirtschaftsminister Müller und einer Delegation hochrangiger Wirtschaftsvertreter die VR China. Im Mittelpunkt des Besuches standen Wirtschaftsfragen, die während des letzten Kurzbesuchs Schröders im Mai d.J. nicht diskutiert werden konnten.

Bundeskanzler Schröder begann seinen dreitägigen Besuch in Shanghai. Während einer Stippvisite bei VW eröffnete Schröder eine neue Spritzanlage für Fahrzeuge der Marke Santana. (NZZ, 4.11.99) Während des Kanzlerbesuches gab Volkswagen bekannt, daß das Unternehmen weitere 1,6 Mrd. US\$ in den nächsten fünf Jahren in Shanghai investieren wolle.

In Anwesenheit von Bundeswirtschaftsminister Müller und dem chinesischen Minister für Außenhandel und wirtschaftliche Zusammenarbeit Shi Guangshen wurde in Beijing die Deutsch-Chinesische Industrie- und Handelskammer eröffnet. Die Genehmigung hierzu hatte der Staatsrat erst Anfang November erteilt, da die chinesischen und die deutschen Vorstellungen über die Mitgliedschaft in dieser Institution nicht übereinstimmten. So lehnt die chinesische Regierung die eigenständige Mitgliedschaft von deutsch-chinesischen Joint Venture-Unternehmen sowie von chinesischen Führungskräften als Mitglieder aus innenpolitischen Gründen ab. Weiterhin beschränken die chinesischen Vorschriften die Gründung auf nur eine Kammer mit Sitz in Beijing. Präsident der Kammer ist Ernst Behrens von der Siemens AG. (NfA, 8.11.99)

Handelskammerpräsident Behrens zeigte sich optimistisch hinsichtlich des Investitionsklimas in Shanghai. So plane die Siemens Shanghai Mobile Communications Ltd. die Aufnahme eines Kredits in Höhe von rd. 120 Mio. US\$ bei der Bank of China mit dem Ziel, den Verkaufsumsatz auf 7,3 Mrd. Yuan (880 Mio.

US\$) im nächsten Jahr zu verdoppeln. Ein Drittel der insgesamt 56 Joint Venture-Unternehmen von Siemens befinden sich in Shanghai. Zu den deutschen Unternehmen, die vor kurzem nach Shanghai gingen, zählen auch Krupp und Thyssen, die in Shanghai in die Produktion von rostfreiem Stahl investierten. Insgesamt sollen nach Angaben des Shanghai Foreign Investment Working Committee in den letzten neun Monaten 25 deutsche Investitionsprojekte mit einem vertraglich zugesagten Kapital in Höhe von 226 Mio. US\$ registriert worden sein. Damit lag Deutschland auf dem dritten Platz der Investoren neben den Niederlanden, hinter Hong Kong und den USA. (XNA, 11.11.99)

Während des Schröder-Besuchs wurden zwei Abkommen mit einem Wert von 5,9 Mrd. DM unterzeichnet. Im einzelnen handelt es sich um ein sogenanntes „Memorandum of Understanding“ über den Bau einer petrochemischen Fabrik, die Kunststoffvorprodukte herstellen soll. Geplant ist ein Joint Venture zwischen der BASF in Ludwigshafen und der staatlichen Firma Sinopec mit einem Investitionsvolumen von rd. 5 Mrd. DM. Eine zweite Absichtserklärung hat die Form eines „letter of intent“ und wurde zwischen der Bayer AG, Leverkusen, und einer Shanghai-Firma unterzeichnet. Auch hierbei geht es um die Produktion von Kunststoffvorprodukten; der Investitionswert beläuft sich auf 0,9 Mrd. DM. (NfA, 4.11.99) Am geplanten Joint Venture ist die Bayer Shanghai GmbH mit 90% und die Shanghai Chloralkali mit 10% beteiligt. (NfA, 5.11.99)

Nach Angaben der BASF wird das geplante Joint Venture in Nanjing gebaut werden. Hier soll ein moderner petrochemischer Verbundstandort entstehen. Der wichtigste Teil des Komplexes ist eine Anlage zur Herstellung von Ethylen mit einer jährlichen Kapazität von 600.000 t. Verhandlungen über das Projekt laufen bereits seit mehreren Jahren. Bereits im März 1996 wurde von beiden Partnern eine Absichtserklärung unterzeichnet, im Dezember 1997 stimmten die chinesischen Behörden dem Projekt zu, und inzwischen ist auch die Wirtschaftlichkeitsstudie nahezu abgeschlossen. Die Gründung des Gemeinschaftsunternehmens ist für Juni 2000 geplant,